

Spezial-Liste mit Aufnahme der Namen und Festtage. Preis vierjährlich nur mit Trägerlohn 2.10, im Reichs- und 10-Km-Bereich 2.20, im übrigen Ostpreußen 2.30. Monats-Abonnement nach Bestellung.

# Der Gesellschafter.

## Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

98. Jahrgang.

Montag, den 24. März

№ 69

1919.

### Das Lebensmittelabkommen.

Über die Einzelheiten des Wiener Abkommens sind von deutscher und englischer Seite jetzt ausführlichere Darstellungen gegeben worden, die fast allgemein lassen, daß von unserer großen Seite gelegentlich des Abbruchs der Verhandlungen über das Lebensmittel- und Wirtschaftsabkommen in Spaan nichts übrig geblieben ist. Die deutsche Regierung hat zum zweiten Male gelegentlich ihrer Verhandlungen mit der Entente große Worte im Munde geführt ohne sich nach ihnen zu richten. So kürzlich bei der Verständigung über das Waffenstillstandsabkommen, die die Brockdorf-Krise im Gefolge hatte, und dann gelegentlich der Besprechung in Spaan. Die Regierung hatte hierbei ein bestimmtes Programm aufgestellt; sie forderte von der Entente eine klare Versicherung darüber, wie sie sich die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln denke, andernfalls würde Deutschland in die Auslieferung der Flotte nicht einwilligen können oder eben nur den Schiffsraum Zug um Zug gegen die Lieferung von Lebensmittel zur Verfügung stellen. Die Entente hat sich an die mancherlei Drohungen der deutschen Regierung nicht gehalten; unsere Verhandler sind aus Wien wenig befrachtet nach Hause gekommen, und die Regierung sieht sich selbst genötigt, eine etwaige Freude den stets schnell optimistischen deutschen Völkern zu dämpfen.

Auch mit voll im Recht, denn die Blockade wird nicht aufgehoben, vielmehr ist nur eine geringe Abschwächung in der Form eingetreten, daß die Entente uns zur Versorgung mit Lebensmitteln etwa 75 v. H. dessen zugestimmt hat, was die deutsche Regierung als notwendig bezeichnet hat, nämlich 400 000 Tonnen Weizengetreide und 100 000 Tonnen Fett und Fleisch monatlich. Dagegen wird das System der schwarzen Listen aufrechterhalten, die Einfuhr der Lebensmittel, die wir selbst im neutralen, von der Entente beanspruchten Ausland einzukaufen berechtigt sind, wird zum Teil zu sehr hohen Preisen erfolgen, und so eine Verringerung unserer Lebensmittelversorgung ist in absehbarer Zeit, trotz der 10 Pfund, die etwa auf den Kopf der Bevölkerung kommen sollen, gar nicht zu denken, da die eingeführte Menge zur Deckung des Fehlbeitrages in unserer eigenen Versorgung benutzt werden muß. Das in seinen Einzelheiten noch nicht veröffentlichte Finanzabkommen legt uns ebenfalls drückende Bedingungen auf, da wir unsern Goldbestand zu einem großen Teile nach Brüssel abführen müssen. Die deutsche Flotte wird der Entente überlassen, d. h. nach dem Abkommen soll ein Eigentumsübergang an die Entente nicht stattfinden, und mit dem Abschluß des Präliminarfriedens sollen über das Schicksal der deutschen Flotte neue Verhandlungen beginnen, bei denen sich die Entente natürlich von vornherein wesentlich im Vorteil befinden wird, weil sie die Flotte in den Händen hat und ihre eigene Lage sie dazu bestimmen wird, die deutsche Handelsflotte nicht mehr herauszugeben.

Das sind ungefähre die wesentlichsten Gesichtspunkte aus dem Abkommen; sie lassen erkennen, daß die Regierung in Brüssel ihren Vorschlägen gelegentlich des Abbruchs der Verhandlungen in Spaan treu gewesen ist. Das Wesentlichste hat, das Abkommen für null und nichtig zu erklären, wenn Deutschland in irgendeinem Punkte seinen eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommt. Nach dem Verlauf der Verhandlungen über die Auslieferung unserer Lokomotiven weiß man, was diese Bestimmung zu bedeuten hat; sie wird dazu führen, daß die Entente im Laufe der nächsten Zeit uns immer neue Schwierigkeiten bereitet und von Fall zu Fall mit der Unterbindung der Lebensmittelversorgung droht, so daß wir genötigt sein werden, immer neue Zugeständnisse, beispielsweise bereits in der Frottenfrage, zu machen.

Ebenso hat sich die Entente das Recht vorbehalten, in unsere inneren Verhältnisse einsehend einzugreifen, indem sie gefordert hat, daß arbeitslose Arbeitslose von der Versorgung durch die Ententelebensmittel ausgeschlossen bleiben. Die Entente will uns damit andeuten, daß wir mit der Fronarbeit für die Allerten bekommen. Dieser Vorbehalt der Entente beim Lebensmittelabkommen könnte seitens der Entente zu einschneidenden Maßnahmen in unsere innerpolitischen Verhältnisse in der Zukunft führen, da ja die Allerten daran Interesse haben, daß wir arbeiten, um all den Verpflichtungen, die uns auferlegt werden, nachzukommen. Außerdem kann sich daraus für die Entente das Recht erweisen, uns im weitestgehenden Maße zu bevormunden, damit wir außen- und innenpolitisch in jedem eigenen Willen behindert sind. Wie die Entente bereits in den besetzten Gebieten damit begonnen

hat, sozialpolitische Maßnahmen der sozialistischen Regierung wieder abzuschaffen, so würde sie auf Grund des Mitbestimmungsrechtes in unseren innerpolitischen Angelegenheiten allen unterdrücken können, was für die Arbeiterchaft in Deutschland bisher einen Fortschritt und für die Entente-arbeiterchaft einen Anreiz bedeuten konnte, den gleichen Weg der Sozialisierung nun zu betreten. Die sozialistische Regierung hätte es damit glücklich erreicht, daß sie die deutsche Arbeiterchaft aus der arbeitslosen, wenigstens von ihr bisher behaupteten Knechtschaft des alten Systems befreite und sie dafür in die viel schlimmere Knechtschaft der Entente-Hauptgeisse führte, und sie hätte ferner erreicht, daß die Anfänge zu einer Weltrevolution, sofern sie sich aus den Ereignissen in Deutschland hätten entwickeln können, im Keime unterdrückt werden. Trist ein solcher Zustand ein, dann hätte die deutsche Arbeiterchaft alle Veranlassung, ihren sozialistischen Führern ob der Besetzungspolitik vom 9. November zu fluchen. Wie sich die Entente in einzelnen die Ausführung ihrer Bestimmungen, daß arbeitslose Arbeitslose von der Lebensmittelversorgung Deutschlands ausgeschlossen bleiben, damit, darüber fehlen bisher nähere Unterlagen. Eine Durchführung einer solchen Bestimmung würde zu neuen innerpolitischen Schwierigkeiten für die gegenwärtige Regierung führen, würde der Arbeiterchaft den Glauben geben, daß sie von der Regierung in ihrer Arbeitskraft an die Entente verkauft worden sei. Welcher sich die Arbeiterchaft, den Verpflichtungen nachzukommen, die ihr durch das Abkommen der Regierung mit der Entente auferlegt sind, dann ergibt sich für die Entente die erste Gelegenheit, die Abmachungen als ungültig zu erklären. Für die Arbeiterchaft, an deren Wohlverhalten die Entente für die nächsten Wochen und Monate fest, ist somit in erhöhtem Maße das, was der „Bormärz“ als Konsequenz des Abkommens festgehalten hat. „Für uns“ so schrieb er, „gilt die Gleichung: Kohle ist Brot, Brot ist Milch, Maschinen sind Butter und Schmelz. Industriestruß ist Agrarstruß.“ Bereits am Ende dieses Monats oder Anfang April wird die Entscheidung für den neuen Generalstreik, der diesmal für das ganze Reich geplant ist, fallen. Es wird sich dann zeigen, ob die deutsche Arbeiterchaft sich des Einfusses der Lage bewußt ist.

Die Entente hat mit dem Abschluß des Lebensmittelabkommens einen starken Trumpf hinsichtlich der Verfestigung des Präliminarfriedens in die Hände bekommen, da sie nach Auslieferung der Flotte für Deutschland die Ablehnung eines über die 14 Punkte Wilsons hinausgehenden Friedens erschwert. Gerade in den letzten Wochen hatte sich im deutschen Volke, soweit es auch noch an die Willkürige Gedankenform und den Anstand der Festschleudie, die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß wir einen Präliminarfrieden der Entente nicht annehmen können, daß wir keine Veranlassung haben, die Unterschrift zu unserem eigenen Untergang zu geben. Selbst der Abgeordnete Richtofen hatte vor einigen Tagen im Reichstag ausgeführt, daß der Nationalversammlung in der Zustimmung zum Frieden gewisse Grenzen gezogen seien und daß man gegebenenfalls das Volk über Annahme oder Ablehnung des Friedens abstimmen lassen müsse. Wäre die Entente dieser Stimmung in deutschen Volke Rechnung zu tragen geneigt ist und an der Echtheit der bei uns zutage tretenden Regungen glauben mag, muß dahingestellt bleiben. Aber die Annahme liegt nahe, daß sie mit der Möglichkeit des Abbruchs der Verhandlungen rechnet und daß ihr die Gelegenheit willkommen war, uns vorher auch noch den letzten Trumpf, unsere Handelsflotte, aus den Händen zu nehmen. Dieses Ziel hätte die Entente dank der erneuten Nachgiebigkeit der deutschen Regierung jetzt auch glücklich erreicht. (A. R.)

### Tagebuenigkeiten.

**Der Anschluß Deutsch-Osterreichs.**  
Weimar, 21. März. 1919. Im Verfassungsausschuß machte heute ein Vertreter des auswärtigen Amtes Mitteilungen über die Ende Februar in Berlin über den Zusammenschluß zwischen Deutsch-Osterreich und dem Deutschen Reich mit den Vertretern Deutsch-Osterreichs abgehaltenen Besprechungen. Da diese Mitteilungen als vertraulich bezeichnet wurden, so kann aus diesen nur hervorgehoben werden, daß die Besprechungen von beiden Seiten in dem Geiste größten Einigens abgekommen sind und in der Überzeugung geführt worden seien, daß der Zusammenschluß der Interessen ebenfalls des Reiches wie Deutsch-Osterreichs dienen werde. Der Regierungsvorsteher teilte weiter mit, daß zur Vorbereitung des Zusammenschlusses den Interessen ebenfalls des Reiches wie Deutsch-Osterreichs dienen werde. Der Regierungsvorsteher teilte weiter

mit, daß zur Vorbereitung des Zusammenschlusses kommissarische Beratungen eingeleitet worden sind, welche teils in Berlin, teils in Wien stattfinden werden und die Ausgleichung zwischen beiden Teilen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialpolitischen, kulturellen und Rechtslebens zum Gegenstand haben sollen. — Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beriet heute vormittag über den Antrag Kaumann (D.) dem Artikel 15 folgenden Absatz zuzufügen:

„Deutsch-Osterreich tritt als Ganzes als ein Gliedstaat dem Deutschen Reich bei. Etwasige Änderungen bestimmen das im Einvernehmen mit Deutsch-Osterreich zu erlassende Ausführungsgesetz unter Berücksichtigung der unter 1 bis 4 dieses Artikels festgestellten Grundsätze.“

Von Abgeordneten aller Parteien ist eine Erklärung abgegeben worden, die es als bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zur Vereinigung zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Osterreich betrachten, daß zwei Regierungsvorsteher aus Deutsch-Osterreich an den Verhandlungen teilnehmen und die Erwartung ausdrückt, daß die Besprechungen der beiden Regierungen so rasch durchgeführt werden, daß auch Abgeordnete Osterreichs an den Verhandlungen der Nationalversammlung über die Verfassung des gesamten Reiches noch teilnehmen können. Es wird die Zustimmung dazu ausgesprochen, daß bei den Abmachungen auf besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten Deutsch-Osterreichs Rücksicht genommen wird. Zur Begründung der Erklärung führte Abg. Kaumann (Dem.) aus:

Da wir von Deutsch-Osterreich den Wunsch haben, in das Deutsche Reich aufgenommen zu werden, so muß aus Deutschland die Antwort herüberkommen: „Ihr seid uns herzlich willkommen!“ Die Beratungen über unsere Verfassung müssen immerfort durchgeführten sein von dem Gedanken, daß Deutsch-Osterreich nun zu uns gehört. Wir sollen in alle Glieder eines gemeinsamen Staates sein und der handgreiflichen Rücksichtnahme des einen Teils auf den anderen. Die Osterreichler werden sich bei der bevorstehenden Beratung an viele Änderungen gewöhnen müssen; das aber sollen sie auch fühlen, daß sie sich bei der Heimat entgegengehen und nicht in die Fremde. Wir alle betrachten sie als Brüder und erwarten von den beiderseitigen Unterhändlern, daß sie nicht nur Händler und Rechner sind, sondern das Herz mitsprechen lassen, und der Zukunft der Nation dienen. Den Lockungen der Entente gegenüber ist es unsere Pflicht, den Deutsch-Osterreichern gegenüber mit größerer Deutlichkeit als bisher zu sagen, wie sie bei uns aufgenommen werden.

Hierauf dankte der Vertreter Deutsch-Osterreichs Dr. Ludo Hartmann für die Erklärung des Ausschusses und hob hervor, in wie beherztigem Geiste das Auswärtige Amt die Verhandlungen mit ihm geführt habe. (Leb. Beifall.) Nach einer Erweiterung des Präsidenten Hauptmann wurde die Erklärung ohne Besprechung einstimmig angenommen.

### Eine amtliche Denkschrift über die Folgen der Hungerblockade.

Eine amtliche Denkschrift von ebenso betrübender wie unabweislicher Bemeisung über die Hungerblockade gegen Deutschland ist jetzt in zweifacher Ausfertigung, deutsch und französisch, vom Reichsgesandtschaftsrat fertiggestellt. Ihr Titel lautet: „Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade.“

Die Denkschrift stellt zunächst in einem Kapitel „Umfang der Nahrungsmittelknappheit“ fest, daß das deutsche Volk statt der notwendigen täglichen 3300 Wärmekalorien seit Herbst 1916 mit 1300 bis 1000 Kalorien hat auskommen müssen. Die Folgen dieser Unterernährung, von denen der größere Teil der Schrift handelt (S. 12-40), äußern sich in einer Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung:

Jahr	Zahl der Opfer der Blockade	Zahl der Opfer auf 100 der Sterbefälle des Friedensjahres 1913
1915	88 235	9,5
1916	121 174	14,3
1917	259 627	32,2
1918	293 760	37,0

Die vom Statistischen Reichsamte genau festgestellte Ziffer der Blockadeopfer während des Krieges beträgt 762 796. Durch die Fortdauer der Blockade steigt die Zahl der Opfer fortwährend. Bei den Kindern beträgt die Zunahme für solche von 1 bis 5 Jahre 49,3 und für solche von 5 bis 15 Jahre 55,0 v. H. Besonders deutlich wird der furchtbare Einfluß der Blockade, wenn man die einzelnen Krankheiten betrachtet (Tuberkulose, Krankheiten der Atmungsorgane u. a.). Geradezu be-



jammervoll ist die grausame Wirkung der ungenügenden Ernährung auf die schwächeren Frauen. Sie erlagen zu Tausenden im Wochenbett infolge ihrer Schwäche und ihrer geringerten Widerstandskraft. Infolge des Mangels an Seife und wichtiger Desinfektionsmittel stieg die Sterblichkeit an Rindpest gegen 1913 um 14,84 v. H. im ersten Halbjahr 1918. Die Krankheiten und Seuchen breiteten sich überhaupt in schreckensregender Weise aus, und eine der grusamsten Folgen der Blockade, den Kranken und Leidenden bleiben die notwendigen Nahrungsmittel vorenthalten, deren sie zur Wiedererlangung ihrer Gesundheit bedürfen.

Der Ausfall an Lebendgeborenen von 1914 bis 1919 beträgt für Preußen 2 555 000, für das Reich rund 4 Millionen. Auch hieraus fällt mindestens der vierte Teil der Blockade zur Last.

Die Denkschrift erörtert weiter die Folgen des Mangels an Heilmitteln, Verbandstoffen, Gummi, Seife, Bekleidungsstoffen, die Verringerung der menschlichen Arbeitskraft, die Schwierigkeit der Wiederherstellung des Viehbestandes und der Wiedererhaltung der durch die Blockade abgehungenen Bevölkerung. Sie stellt u. a. fest, daß wohl am meisten der Mittelstand, die Festangestellten und Personen mit gleichbleibenden Einkünften gestützt haben und daß die Schädigung mehr und mehr auch auf die Schuljugend übergreift.

Rechnet man die Schädigungen der Blockade um in Schädigung des deutschen Nationalvermögens, so ergibt sich ein Gesamtschaden von mehr als 54 Milliarden 600 Millionen Mark.

#### An die Bergarbeiter.

Berlin, 22. März. An die Bergarbeiter Oberschlesiens wendet sich die preussische Staatsregierung in einer Bekanntmachung, in der gesagt wird, der oberschlesische Steinkohlenbergbau besitze sich gegenwärtig in einer äußerst schwierigen und überaus ernsten Lage. Es komme darauf an, schleunigst Leistungen wieder zu erzielen, wie sie noch im Oktober 1918 üblich und normal waren. Geschiehe das nicht, so werde Hunger und Elend über die Bergleute, deren Frauen und Kinder hereinbrechen. Die Arbeiterchaft müsse davon ablassen, durch willkürliche Absetzung und Abhandlung von Beamten die ordnungsmäßige Betriebsführung der Gruben zu stören. Wenn infolge solcher Gewalttaten die Betriebe der geordneten Leitung entbehren, so können sie zur Einstellung. Die unabweisbare Pflicht eines jeden Bergmannes sei es, seinen Teil zur Erfüllung dieser Aufgaben beizutragen. Die Regierung habe das Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Arbeiter, daß sie nichts tun, was die Not noch verschärfen könnte.

#### Erhöhung der Brennstoffpreise.

Essen, 20. März. WTB. In der heutigen Sitzung der Zechenräte wurde folgendes beschlossen: Bei den sehr schlechten Selbstverhältnissen, welche selbst eingeführte Zechen seit einigen Monaten aufweisen, und angesichts der fortgesetzten Steigerung der Selbstkosten mußte eine weitere und wiederum beträchtliche Erhöhung der Brennstoffpreise vorgenommen werden. Die Steigerung der Selbstkosten ist in der Hauptsache auf die gewollte Lohnerrhöhung, ferner auf die gekürzte Arbeitszeit und auf die verringerte Arbeitsleistung zurückzuführen. Die Preiserrhöhungen betragen im allgemeinen: für Kohlen 20 %, für Roks 30 % und für Briquets 20,50 % für die Tonne. Die vorherigen sich einschließlich Kohlen- und Umfrachten und gelten für den Monat April. Abweichend von diesen Preiserrhöhungen wurden die Preise für Rüsse um 22 % und für Brechkohlen 1—III um 36 % wegen der besonderen Steigerung der Herstellungskosten erhöht, während die Preise für geringe Brennstoffsorten (Schlackkohlen, Mittelprodukte, minderwertige Feinkohlen und Koksgruß) nur um 5 % für die Tonne erhöht wurden. Die Preiserrhöhung für Briquets ist um 50 % höher als für Kohlen zum Ausgleich des Preisrückganges. Die heutige Preiserrhöhung entspricht nur knapp oder vielfach nicht einmal den Verlusten, die diese Zechen in den letzten Monaten erlitten haben.

#### Das Privatvermögen des Kaisers.

Berlin, 21. März. WTB. Diese Blätter geben eine Notiz des „New York American“ aus Weimar wieder, nach der der ehemalige Kaiser Wilhelm von der deutschen Regierung wenigstens einen Teil seines Privatvermögens verlange. Die Regierung habe dem Wunsch Folge geleistet und eine Untersuchung angeordnet, die ergeben habe, das der Ex-Kaiser ein Recht auf 75 Millionen habe. Die Regierung wolle ihm aber vorläufig höchstens 600 000 \$ zusprechen.

Die Meldung ist unklar und zusammengestellt aus längst überholten Einzelangaben. Tatsächlich hat sich der Kaiser vor Beschlagnahme seines Privatvermögens etwa 650 000 \$ auf holländische Banken überweisen lassen. Auf seinen Antrag wurden ihm im Dezember von der preussischen Regierung, der damals noch unabhängige Sozialdemokrat angeschlossen, mit deren Einverständnis eine Million Gulden überwiesen. Die Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Staat ist in Bearbeitung. Der Kaiser hat niemals die Forderung von 75 Millionen Mark erhoben und damit sollen alle an diese Meldung geknüpften Folgerungen in sich zusammenfallen.

#### Frankreich liefert uns — Waffensätze!

Marschall Foch hat am 18. März folgendes Telegramm an die Waffenstillstandskommission in Spa gerichtet: Die Versetzung der Obersten Weisungsbefehle des Oberbefehlshabers der Alliierten in Bezug auf die Waffenstillstandskommission ist für die nächsten zehn Tage zu erwarten.

lungen zwei Franzosen. Delegierte Donnerstag den 20. März, 4 Uhr nachmittags in Rotterdam im Hotel Raaf ein treffen werden, um über den Verkauf von Waffensätzen und anderen Produkten zu verhandeln. Es wird gebeten, die Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission davon zu benachrichtigen.

Rüsse haben unseres Wissens nur einmal bei der Aushungerung einer belagerten Stadt eine Rolle gespielt, als die Römer den von Hannibal belagerten Kapuanern dadurch Hilfe zu leisten versuchten, daß sie Rüsse in den durch die Stadt Capua strömenden Fluß warfen, die dann von den Hungernden mit Netzen aufgefischt wurden. Marschall Foch hat sich vielleicht dieser Geschichte erinnert, wenn er uns ausgereicht gerade Rüsse für unsere Hungertoten anbietet. Hoffentlich sind nicht allzuviel taube darunter!

#### Ausfahrt der Lebensmitteldampfer.

Hamburg, 22. März. Es laufen heute aus nach den Downs 5 Dampfer, nach dem Firth of Forth 7 Dampfer.

#### Umsturz in Ungarn.

Peß, 22. März. WTB. Die ungarische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat veröffentlichen einen Aufruf an alle, in dem es heißt: Das Proletariat Ungarns nimmt mit dem heutigen Tag alle Macht in seine Hand. Das Land kann von der Anarchie des Zusammenbruchs nur durch Schaffung des Sozialismus und des Kommunismus gerettet werden. Auch ohnepolitisch steht die ungarische Revolution vor der vollen Katastrophe. In dieser Lage steht die ungarische Regierung als einziges Mittel die Diktatur des Proletariats. Die entscheidende Grundbedingung hierfür ist vollkommene Einheit des Proletariats. Die Regierungsgewalt übernimmt im Auftrage dieser Partei ein revolutionärer Regierungsrat. Die Macht der Regierung, der Exekutive und der richterliche Gewalt werden von der Diktatur der Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte ausgeübt. Der revolutionäre Regierungsrat beginnt unverzüglich seine Arbeit zur Vermittlung des Sozialismus und Kommunismus. Der Regierungsrat organisiert eine mächtige Proletariatsarmee, die die Diktatur der Arbeiter- und Bauernschaft gegenüber den ungarischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern sowie gegenüber den rumänischen Bosaren und der tschechischen Bourgeoisie zur Geltung bringt. Er erklärt seine volle Solidarität mit der russischen Sowjetregierung und bietet den Proletariatskämpfern ein Waffenbündnis an. Er fordert die Arbeiterchaft Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas auf, nicht weiter den verurteilten Feldzug ihrer kapitalistischen Reaktionen gegen die ungarische Räterepublik zu dulden. Die Arbeiterchaft Österreichs und Deutschlands fordert er auf, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu verbinden, die Räterepublik zu konstituieren und mit Waffen in der Hand den imperialistischen Eroberern Trost zu bieten.

Wien, 22. März. Die neue Besatzungszone in Ungarn, deren Grenzlinien in der dem Großen Karolzi überreichten Entente note im einzelnen bestimmt sind, bedeutet ein Verschleiden der Räterepublik insbesondere der rumänischen Truppen auf 230 Km. Länge um etwa 60 Km. nach Westen. Es würde hierdurch ein Gebiet von etwa 2 1/2 Millionen Menschen von Ungarn losgerissen und Ungarn in der Hauptsache auf das zwischen Donau und Theiß und dem mittleren Theißtal beschränkt. Die Note belegt weiter, daß der Rückzug der ungarischen Truppen hinter die Westgrenze der neutralen Zone mit dem 23. März beginnend innerhalb längstens 10 Tagen beendet sein muß, nach deren Ablauf die rumänischen Truppen ihre Linie vorrücken sollen.

Wien, 22. März. Die neue Kession in Ungarn ist nur zu geringstem Teile auf innere Gründe, zum weitaus größten Teile aber auf außenpolitische Gründe zurückzuführen. Man befürchtet, daß eine weitgehende Förderung der imperialistischen Eroberungsziele der tschechoslowaken, Südslaven und Rumänen, welche durch die Pariser Friedenskonferenz unausgesetzt unterstützt worden sind, auf völlige Vernichtung Ungarns hinauslaufen müßte. Nur dadurch wurde der Boden in Ungarn für die Moskauer bolschewistische Propaganda, Errichtung der Räterepublik und die Bündnisverträge mit der Sowjetregierung vorbereitet. Die imperialistische Ententepolitik führte dazu, daß sich zum Kampfe für die Rettung Ungarns auch viele nationale Elemente der ungarischen Kommunisten angeschlossen. Kennen der militärischen Verhältnisse erklären es für fast ausgeschlossen, daß die Ententetruppen in Ungarn stark genug seien, um Wandel zu schaffen. Gerüchte melden, daß eine russische Volkswaffensarmee über Brody in Ungarn einmarschieren wolle.

#### Die Schweiz und Kaiser Karl.

Wien, 22. März. Zur Vorgeschichte der Erklärung der Schweizer Regierung, dem früheren Kaiser ein Asyl zu bieten, teilt das Corr. Bureau mit, die englische Regierung habe in Echantou aus eigenem Antrieb einen Offizier untergebracht, der sich von der Behandlung und Sicherheit des Kaisers überzeugen sollte. Aus verschiedenen Vorgängen, namentlich auch blutigen Zusammenstößen zwischen Widerern und Ordnungern, habe der englische Offizier die Überzeugung gewonnen, daß die Sicherheit des Kaisers gewährleistet sei. Er habe deshalb bei der schweizerischen Regierung angefragt, ob sie dem Kaiser ein Asyl geben wolle. Die Schweizer Regierung habe sich hierzu bereit erklärt. Andererseits habe die deutsch-österreichische Regierung die in Wien weilenden ausländischen Kommissionen

wissen lassen, daß sie den Aufenthalt des Kaisers in Oesterreich ohne förmliche Vergleichenklärung für unzulässig und bedenklich halte. Diese Auffassung sei auch schon länger in Echantou bekannt gewesen, aber eine ausdrückliche Vergleichenklärung des Kaisers sei nicht erfolgt. Die Regierung müsse daher auf gefeßlichen Wege für die Sicherheit der Republik sorgen und werde der Nationalversammlung darauf bezügliche Vorlagen unterbreiten. Eine Erledigung der Angelegenheit sei für die nächsten zehn Tage zu erwarten.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 24. März 1919.

**Von der Post.** Nach der Rheinpfalz sind nunmehr Postanmeldungen, Zehlkarten und Zeitbeile mabeschränkt zugelassen.

**Justizdienstprüfung.** Die nächste erste höhere Justizdienstprüfung findet am Mittwoch, den 30. April und an den folgenden Tagen in Adlingen statt.

**Verbevorzugung.** Die drohende Gefahr eines Einmarsches der Bolschewisten nach im Nordosten unseres Vaterlandes, ferner die Bedrohung der Ostprovinzen durch Polen und Litauern, — teilweise haben ja die Polen schon weite Gebiete der Provinz Posen besetzt — haben die Reichsbehörden nach dem Zusammenbruch unseres Heeres veranlaßt, Freiwilligenverbände zu errichten. Ungeheure Werte würden uns verloren gehen, falls die slavischen Räuber West- vom Ostlande nähmen. Die Ostprovinzen bringen allein fast die Hälfte unserer Getreide- und Kartoffelerzeugung auf. Der oberschlesische Industriebezirk muß nach Stilllegung mehrerer Gruben im Ruhrrevier ca. 60% des deutschen Kohlenverbrauchs decken. Auch Württemberg will den bedrängten Gebieten Hilfe schaffen, zumal eine große Anzahl württembergischer Bauern sich im Osten angesiedelt haben. Zu diesem Zweck wird in Württemberg eine Freiwilligenabteilung aufgestellt. Leutnant Rexer vom 1. Württ. Freiwilligen-Regiment ward Samstag abend im Traubersaal für den Eintritt in diese Formation. Leider war der Saal nur schwach besetzt. Er besprach kurz die Entstehung der Freiwilligen-Abteilung, schilderte das Leben darin und besprach die Bedingungen, denen sich der Freiwillige unterwerfen muß. „Wer es nicht edel und vornehm treibt, lieber will er vom Handwerk bleiben!“ Die Freiwilligenabteilung, die General Haas führt, ist eine wohlgeplante Truppe. Soldatenräte sind nicht vorhanden, dafür aber Vertrauensleute, die in geheimer Wahl gewählt werden. Parteipolitik ist ausgeschlossen. Die Truppe dient der Regierung, aber nur für den Ostweg, nicht für innere Landesverteidigung. Die Ernennungssache sind: 1. Mobilität, 2. Eine tägliche Zulage von 5 M., außerdem bei Vermeidung außerhalb der Reichsgrenze eine monatliche Treupremie von 30 M., die bis 50 M. steigt. Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet. Ebenso wird das Militärversorgungsgesetz auf die Freiwilligen angewendet. Die Verpflegung ist gut und für Mannschaften und Offiziere gleich. Der Vortragende schloß seine klaren Ausführungen mit einem nochmaligen Aufruf, der Freiwilligenabteilung Haas beizutreten. — Weitere Anmeldungen nimmt der Bezirksfeldwebel entgegen. Bemerkenswert ist, daß die Abteilung Infanterie, Artillerie, Kavallerie, sowie alle nötigen technischen und Sanitätstruppen aufweist. Die Freiwilligen haben auch dann die erste Anwartschaft zur Entstellung in das zu gründende stehende Heer.

**Lehrernachwuchs.** Auf Grund der am 18. Febr. abgehaltenen zweiten Dienstprüfung für kath. Volksschullehrer sind 64 Lehrer und 33 Lehrerinnen zur Anstellung auf ständige Lehrstellen für die nächste Lehrjahrsperiode ernannt worden.

**Lehrervereinigung.** Der Deutsche Lehrerverein veranlaßt nach dreijähriger Unterbrechung am 14. und 15. April ds. J. in Berlin eine Vertreterversammlung, deren Aufgabe es vornehmlich sein wird, zu dem vor einigen Monaten veröffentlichten Entwurf eines Schulprogramms des Deutschen Lehrervereins Stellung zu nehmen; daneben sollen die geistlichen Angelegenheiten erledigt und etwaige dringliche Anträge zur Verhandlung gestellt werden.

**Vollhilfe für Kriegsgefangene.** Ein in englischer Gefangenschaft schmachtender deutscher Krieger schreibt: „Nachstehend ein Artikel der gestrigen „Times“, recht wesentlich für einen Soldaten, der sich selber keines Verdrüßens schuldig machte, als seinem Vaterlande 5 Jahre zu dienen und nun aus „Menschlichkeit“ von seiner Familie hinter Straß ferngehalten wird; derselbe lautet: „Es ist unendlich dem neuen Schrei (der Deutschen) zu verstehen, welcher lautet: Händigt unsere Gefangenen aus! Geheißt unendlich, dem Volke verständlich zu machen, daß die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen eine Bedingung für den Waffenstillstand war und 2. daß es ein unerkennbares Verbrechen sein würde, 1/2 Millionen in ein Land hineinzubringen, welches wie es selbst darat, diese weder mit Nahrung noch mit Arbeit versorgen kann, aber der Schrei dient dazu, die Gefühle des deutschen Soldaten aufzuheben. Vielleicht sind einige Behörden oder Scheinbehörden recht froh, jeden Vorwand zu benutzen, welcher ein wenig Geld in das Volk hineindrückt und dazu beiträgt, dieses gesammelt zu bringen. Es könnte freilich, wenn diese mögliche Grund übersehen würde.“ Meine Antwort darauf: „Dieses Verbrechen wäre die erste mir erwiesene Wohlthat und die größte, die mir erwiesen werden könnte.“ — Die Sammlung der Volkshilfe im Oberamtsbezirk Magd. hat bis jetzt den Betrag von 10 750 Mark ergeben, sie wird bis 31. März fortgesetzt. Zweck der Sammlung ist, die Lage der Gefangenen durch Beschaffung von Geldmitteln und Zufuhrung zu erleichtern, ihnen beim





**ALFRED RECLAM-**  
**HILDEGARD RECLAM**  
geb. Reichert  
Vermählte.  
NAGOLD, 25. März 1919.

Nagold.  
Frisierkämme  
Seitenkämme  
und Spangen  
Haarbürsten  
Zahnbürsten  
Taschenmesser  
Scheren  
Mundharmonika  
Geld- u. Brieftaschen  
Leder Portemonnaie  
Hosenträger  
Tabakspfeifen  
Spazierstöcke  
in großer Auswahl  
**Carl Plomm.**

**Suche**  
einen 18-25jährigen, hübschen  
**Mann**  
für Landwirtschaft. Sonst  
ist kein Bescheid vorhanden.  
Wer?  
Inat Nr. 5-1477-10-11.

**Diran.**  
Ein ordentliches  
**Junge**  
der die Bäckerei erlernen will.  
(Rundstößen) kann noch Oster  
einreisen.  
**Karl Bolz, Bäckermeister.**

Nagold.  
**Gesucht**  
für sofort oder später ein  
ordentliches  
**Mädchen**  
von Frau Konditor Gauß.

**Suche** auf 1. April ein  
ordentliches  
**Mädchen**  
für den Haushalt, nicht unter  
18 Jahren  
**Louis Moser, Altensteig,**  
Bahnhofsstraße.

Nagold.  
Altes  
**Gold u. Silber**  
kauft und zahlt die  
höchsten Preise  
**Fr. Günther,**  
Uhrmacher

**Guten Speiseeffig**  
jedes Quantum  
abzugeben, auch zum Wieder-  
verkauf.  
**Adolf Morlok, Nagold.**

**Gewerbebank Nagold**  
e. G. m. b. H.  
Fornsprecher Nr. 26 = Postcheckkonto Nr. 402.  
Gemäß Beschluss der Bank-Verwaltung  
werden für die bei uns eingezahlten Spar-  
einlagen ab 1. April 1919 bis auf Weiteres  
nachstehende Zinssätze vergütet:  
1)  $3\frac{3}{4}\%$  wenn das Kapital mit 3monatl.  
Kündigung angelegt ist.  
2)  $4\%$  wenn das Kapital mit 6monatlich.  
Kündigung angelegt ist.  
Für die auf mehr als 6 Monate angelegten  
Gelder gelten ebenfalls ab 1. April 1919 die  
unter Ziffer 2 bezeichneten Bedingungen.  
Alle bisherigen diesbezüglichen Verein-  
barungen verlieren hierdurch ihre Gültigkeit.  
Eine Wiedererhöhung der Zinssätze ist in  
Aussicht genommen, sobald es die Verhältnisse  
zulassen.  
Nagold, den 11. März 1919  
**Der Vorstand:**  
St. Schabbe, Dolmetsch, Lenz.

Nagold, den 24 März 1919.  
  
**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter,  
Schwester, Schwiegermutter und Großmutter  
**Dorothea Haß,**  
Haushälterin  
sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Wildberg, den 21. März 1919  
  
**Danksagung.**  
Für die vielen wohlwollenden Beweise herzlicher  
Teilnahme während der Krankheit und beim Hin-  
scheiden unserer lieben Mutter, Großmutter und  
Schwiegermutter  
**Frau**  
**Marie Dürr**  
Färbers-Witwe,  
für die ehrenvolle Beerdigung zur letzten Ruhestätte  
von hier und auswärts, die tröstlichen Worte des  
Herrn Geistlichen, den schönen Gesang der Schüler,  
sowie für die vielen Kranzspenden spricht seinen  
aufrichtigsten Dank aus im Namen der Hinterbliebenen  
der Sohn:  
**August Dürr mit Geschwistern.**

**Grüis Augenwasser**  
Seit anno 1785  
besteht bei vielen trübenden Augen, insbesondere  
nach dem Schließen trübender Augenlider,  
chronisch, heftigen Augenentzündungen, Schwa-  
chen von angeregten Augen (Glaukom) u.  
zu haben in den Apotheken A 2-50 die Flasche  
Joh. Friedr. Grüis, Hallbrunn a. N.

**Tüchtige Schreiner**  
für sofort gesucht.  
**Arnold Viber, Abt. Schreinerei, Pforzheim.**  
Bücherstraße 32.

**Entschliebung.**  
Wir Studenten der Universität Tübingen fühlen uns verpflichtet, durch ein offenes Be-  
kenntnis darzulegen, was uns heute bewegt.  
Die augenblickliche Not des Vaterlandes macht es dem deutschen Studenten zur Pflicht,  
sich mit den brennenden Fragen des öffentlichen Lebens auseinanderzusetzen und tätig an der  
Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse Deutschlands mitzu-  
arbeiten. Wir sind durch den Krieg in unserer Berufsbildung in einer Weise zurückge-  
worfen worden, daß wir unsere ganze Zeit der Arbeit widmen müßten. Daraus wird unsere  
bisherige Zurückhaltung erklärt, sie darf nicht als Gleichgültigkeit oder gar als Gegenstand gegen die  
Neuordnung aufgefaßt werden.  
Das alte Reich ist zusammengebrochen, wir stehen vor dem Bau eines deutschen Volks-  
staates. Da reichen wir unseren Volksgenossen die Hand, um mit ihnen gemeinsam dafür zu  
arbeiten, daß die großen Hoffnungen auf die neue Zeit verwirklicht und nicht durch Anstanz-  
versuche aus rechts oder aus links zerschlagen werden. Wir erachten diese Arbeit keineswegs  
als abgeschlossen, sondern wollen die Ideen, die auf eine wirtschaftliche und kulturelle Hebung  
aller Volksschichten, ganz besonders der Arbeiterschaft abzielen, jetzt in friedlicher Entwicklung  
auf verfassungsmäßiger Grundlage ausbauen und zur Durchführung bringen helfen.  
Ohne uns auf irgend ein Parteiprogramm festzulegen, geben wir der Ueberzeugung  
Ausdruck, daß die Tümmel eines internationalen Großkapitalismus endgültig gebrochen werden  
müssen und daß oberster Grundsatz für die politische und wirtschaftliche Neugestaltung nicht der Vor-  
teil einzelner Stände sein darf, sondern das Wohl der Gesamtheit. Insbesondere halten wir es  
für eine grundlegende Notwendigkeit für die innere Gesundung unseres Volkes, daß unver-  
züglich zu einer gründlichen Bodenreform geschritten und der Bau von Volksheimstätten, in  
erster Linie für unsere Arbeiter, in die Wege geleitet wird.  
Da es in dieser Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes infolge der gewissenlosen Hinaus-  
ziehung des Friedensschlusses durch unsere Feinde unmöglich ist, sogleich allen an sich berech-  
tigten Ansprüchen der Arbeiterschaft gerecht zu werden, so muß dafür gesorgt werden, daß  
das Recht der arbeitenden Bevölkerung, an der Lösung der wirtschaftlichen Fragen und der Ge-  
staltung der Arbeitsverhältnisse im neuen Volksstaate dauernd tätig mitzuwirken, gesetzlich festge-  
legt wird. Hier finden Berufsstände eine angemessene und blühende Aufgabe.  
Eine allmähliche Lösung der heute noch gar nicht überschaubaren wirtschaftlichen Schwie-  
rigkeiten ist nur möglich auf der Grundlage eines aufrichtigen Vertrauens der einzelnen  
Stände unseres Volkes zueinander und einer sozialen Gesinnung, die bereit ist, die eigenen  
Interessen dem Wohle der Gesamtheit unterzuordnen. Wir machen es deshalb der ganzen  
deutschen Studentenschaft zur Bewußtseinspflicht, diese Gesinnung zu pflegen und sie im Verkehr  
mit allen Volksgenossen zu betätigen.  
Wenn gewalttätigen Übergriffen auf Leben und Eigentum, wie sie leider immer häufiger  
werden, auch mit allen Nachtmitteln des Staates entgegengetreten werden muß, so sind wir  
der Ueberzeugung, daß die völkerverständlichen Ideen im letzten Grunde nur durch Verbreitung  
wahrheits- und Wirklichkeitsgemäßerer Ideen widerlegt werden können. Aufgabe vor allem des  
Studenten ist es deshalb, jede mögliche Gelegenheit zu ergreifen, um sich mit den Vertretern  
aller politischen Programme und Weltanschauungen in sachlicher Weise auseinanderzusetzen  
und dadurch Bande des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens anzuknüpfen. Dazu  
wollen wir regelmäßig mit Männern aller Parteien in Verbindung treten, um da-  
durch auch enge Fühlung mit dem Leben und Denken aller Volksschichten zu gewinnen und  
aufrecht zu erhalten.  
Wir geben diese Erklärung den Kommittees aller deutschen Hochschulen, um sie zu  
gleicher Stellungnahme zu veranlassen, soweit das noch nicht geschehen ist, und übergeben sie  
zugleich der Öffentlichkeit, um jedes Mißtrauen anderer Volksgruppen gegen die akademische  
Jugend endgültig zu beseitigen. Denn wie sind der letzten Ueberzeugung, daß unser Vaterland  
nur dann gerettet werden kann, wenn alle Stände sich rühmlich auf den Boden der neuen  
Ordnung stellen und in ehrlicher Zusammenarbeit an den Neuaufbau des deutschen Staates  
herangehen.  
Damit hat die Studentenschaft der württ. Landesuniversität den vielleicht einmal für  
alle Zeiten bedeutungsvollen Schritt getan, sich auf den Boden der Neuordnung zu stellen,  
und ohne trübe Reflexionen über das Vergangene den festen Willen gezeigt, mitzuwirken als  
volle Staatsbürger im freien deutschen Volksstaate.  
N. St. 1.

Nagold.  
**Der Turner-Tanzkurs**  
beginnt am Dienstag, den 25. März abends 7/8  
Uhr im Gasthaus zum „Sternen“. Teilnahme von  
einigen Damen ist noch erwünscht.  
**Der Turnwart.**

Ein noch gut erhaltenes  
**Motorrad**  
mit Gummimantel hat  
sich sofort zu verkaufen.  
Photograph A. Großmann,  
Altensteig.

Nagold.  
Größere, wenig gebrauchte  
**Zinkbadewanne**  
verkauft  
H. Gauß, Conditor.

**Für Sammler**  
Briefmarken aller Länder  
zur Abt., empfiehlt die  
C. Hollenders Buchh.  
Nagold.

Nagold.  
**Messer**  
und **Scheren**  
werden zum  
**Schleifen**  
angenehmen.  
Bahnhofsstr. 50 Hhs.

